

Attac ist gemeinnützig! Erfolg für die Zivilgesellschaft



Foto: Stephanie Handtmann

Im November 2016 hat das hessische Finanzgericht in Kassel sein Urteil im Klageverfahren von Attac gegen das Finanzamt Frankfurt gesprochen: Attac ist und bleibt gemeinnützig! Damit setzte das Gericht einen vorläufigen Schlusspunkt unter die zweieinhalbjährige Auseinandersetzung mit dem Finanzamt.

In einer spannenden und lehrreichen Verhandlung ist das Gericht unserer Argumentation sehr weitgehend gefolgt: Das Verfolgen politischer Zielsetzungen durch einen gemeinnützigen Verein – also der Kern der Kritik des Finanzamts an den Attac-Aktivitäten – sei rechtlich bereits eindeutig geklärt und ist dann erlaubt, wenn die politische Betätigung nicht Selbstzweck sei, sondern der Erfüllung der Satzungszwecke diene. Dies sieht das Gericht bei Attac als eindeutig gegeben an.

An zwei Punkten wurde das Gericht besonders deutlich: Es strich die besondere Bedeutung des Satzungszwecks „Förderung des demokratischen Staatswesens“ hervor, der bislang von den

Finanzämtern nur sehr einschränkend verstanden wurde. Das Gericht legte diesen Zweck für Aktivitäten in den Feldern Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie sehr weit aus. Und es bestätigte, dass der Zweck „Förderung der Volksbildung“ selbstverständlich auch politische Bildung beinhalte und dass alle Attac-Aktionsformate – sofern in eine umfassende Darstellung des jeweiligen Themas eingebettet – als Bildungsarbeit einzustufen seien. Aus der mündlichen Urteilsbegründung: „Eine demokratische Partizipation setzt eine umfassende politische Wahrnehmungsfähigkeit und ein politisches Verantwortungsbewusstsein voraus, das nur durch die genaue Kenntnis der Sachlage zu erreichen ist.“ Also durch ökonomische Alphabetisierung, wie Attac sie betreibt. Auch wenn das Gericht eine Einzelfallentscheidung getroffen hat, wird diese deutliche Auswirkungen auf die Maßstäbe haben, die die Finanzämter künftig an die Arbeit von Vereinen anlegen. Diesen richtungsweisenden politischen Erfolg können wir uns an die Brust heften!

Inhalt

Hintergrund

Nationalprotektionismus – 2 –

Europa

Alternativen zur EU-Krise – 3 –

International

UN-Klimagipfel im Rheinland – 4 –

CETA durch die Hintertür – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Engagement macht mutig – 8 –

Aktiv

Fahrplan zum G20-Gipfel – 9 –

Nationale Kommunenkonferenz – 10 –

Aktionsakademie – 10 –

Europäische Sommeruniversität – 11 –

Der gewonnene Rechtsstreit ist allerdings nur ein erster Schritt: Nun muss es eine rechtliche Absicherung der gesetzlichen Grundlage geben, um den Interpretationsspielraum der Finanzämter deutlich einzuengen. Gemeinsam mit vielen anderen Vereinen werden wir uns in der eigens dafür gegründeten Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ weiterhin auf politischer Ebene dafür einsetzen. Dieser Sieg ist ein riesiger Erfolg für uns alle! Für alle ehrenamtlichen AktivistInnen, die sich für eine bessere Welt einsetzen und für unsere Mitglieder und SpenderInnen, die sich zu keinem Zeitpunkt haben beirren lassen!

Stephanie Handtmann, Andreas van Baaijen,
Geschäftsführung im Attac-Bundesbüro

Aktuelle Hinweise zur Möglichkeit, Spenden an Attac steuerlich geltend zu machen, s. S. 9

www.attac.de/jetzt-erst-recht

Alternativen zu Freihandel und Nationalprotektionismus



Die Ankündigung des neuen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, unmittelbar nach seiner Amtsübernahme mit dem Rückzug der USA vom transpazifischen Handelsabkommen (TPP) zu beginnen, hat die Welt der Wirtschaftspolitiker, Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsredakteure ebenso aufgeschreckt wie die Absicht Großbritanniens, einen harten Brexit umzusetzen.

Trumps Slogan „America first“ bedeutet ja schlicht, dass alle anderen höchstens an zweiter Stelle kommen, auch Deutschland. Und schon muss die deutsche Wirtschaft vor dem Schreckensgespenst des Protektionismus geschützt werden. Als Rettungshelfer agieren deutsche Wirtschaftsredakteure: So wirft Nikolaus Piper von der Süddeutschen Zeitung in einem Kommentar vom 28.11.2016 Donald Trump, China, Brexit-Befürworter sowie TTIP- und CETA-Gegner in Deutschland in den einen, angeblich gemeinsamen Protektionismus-Topf.

Vielfach wird die Kritik am Freihandel und Nationalprotektionismus gleichgesetzt: Wer nicht für uneingeschränkten Freihandel ist, ist Protektionist, reaktionär und stärkt die AfD. Und wer Protektionist ist, schadet Deutschland – wobei man geflissentlich verschweigt, wem konkret in Deutschland geschadet wird. Damit hofft man, den ungeliebten Widerstand gegen die Freihandelsabkommen endlich mundtot zu kriegen.

Dabei ist Freihandel nur eine besondere Form des Protektionismus. Es wird nicht eine Wirtschaftsregion geschützt, sondern eine bestimmte Gruppe: „Freihandel ist [...] der Protektionismus der Reichen und Mächtigen“, stellte Vandana Shiva, indische Aktivistin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, bereits vor Jahren fest.

Mit den Klagerechten in TTIP und CETA bekommen Konzerne Sonderrechte eingeräumt. Ihr Ziel ist es, die Unternehmen vor der Gesellschaft zu schützen, vor der Verbesserung sozialer Standards oder vor Umweltauflagen. Das ist Protektionismus in Reinkultur – nur nicht für eine nationale Wirtschaft, sondern für internationale Konzerne und ihre Profiteure.

Durch die bisher betriebene Globalisierung werden Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten breiter Bevölkerungskreise gefährdet, die soziale Absicherung in Frage gestellt und Zukunftsperspektiven zerstört. Die herrschende Politik hat diese Entwicklung gefördert und bietet als einzige Lösung für die Probleme noch mehr von der falschen neoliberalen Politik an. Als Folge davon gewinnen rechte und populistische Gruppierungen an Zulauf. Sie versprechen, mit einem eigenartigen Nationalprotektionismus, verbunden mit nationalistischen, rassistischen und chauvinistischen Zielen, die Menschen vor der Globalisierung zu schützen.

Dass mit den USA und Großbritannien nun gerade die beiden Länder, die mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher für die Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik stehen, die radikale Kehrtwendung zu einem Nationalprotektionismus vollziehen, ist nicht überraschend, haben doch gerade dort die Auswirkungen der neoliberalen Politik die größten gesellschaftlichen Schäden angerichtet.

Nationalprotektionismus ist aber nichts Neues. Schon während der Wirtschaftskrise in den 1880/1890er Jahren versuchten deutsche Unternehmen mit Dumpingpreisen die Exporte zu sichern, und Frankreich mit Einfuhrzöllen genau diese Strategie zu durchkreuzen. Der auflebende Nationalismus, verbunden mit unrealistischen Hoffnungen auf eine protektionistische Abschottung, bringt uns auch heute dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft nicht näher. Er lenkt lediglich vom eigentlichen Problem ab: einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die weite Bereiche der betroffenen Gesellschaften ohne Entwicklungsperspektive lässt.

Attac versteht sich als globalisierungskritisches Netzwerk. In seiner Informations- und Bildungsarbeit, in seinen Kampagnen gegen die falsche neoliberale Globalisierung stellt Attac immer heraus, dass Wirtschaft und internationaler Handel zum Vorteil aller gestaltet werden können. Die Aufrechnung von Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern ist falsch – alle können gewinnen.

Unser Ziel im Widerstand gegen die Freihandelsabkommen ist nicht Nationalprotektionismus – klar ist aber auch, dass Wirtschaft gestaltet werden muss. Unser Ziel ist eine gerechtere Welt, auf der Basis gemeinsam vereinbarter Handelsregeln, die Entwicklungschancen für alle Länder bietet, und dort für alle Menschen, nicht nur für kleine Wirtschaftseliten. Dazu haben wir mit vielen anderen Organisationen bereits im Jahr 2013 einen Vorschlag ausgearbeitet: das alternative Handelsmandat.

Auch wenn die globale Elite wie in Davos beim Weltwirtschaftsforum vor den Folgen ihrer eigenen Politik erschrickt, vor sozialen Reformen schreckt sie noch mehr zurück. Unsere Aufgabe ist daher nicht einfacher geworden, unser Ziel bleibt jedoch unverändert: eine global gerechtere Welt.

Alfred Eibl, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/alternatives-handelsmandat

Solidarische Antworten auf die Krise Europas

In der Europäischen Union scheint die „Krise“ zum Dauerzustand geworden zu sein, sie wechselt lediglich von Zeit zu Zeit den Namen bzw. das Präfix. Die rasante Abfolge krisenhafter Zuspitzungen überfordert nicht nur große Teile der Öffentlichkeit, sondern auch viele politische Akteure. Versuche von progressiver Seite, der hegemonialen Politik etwas entgegenzusetzen, sind bisher weitgehend erfolglos geblieben, weil sie viel zu oft von außen gesetzten Themen hinterherläuft, anstatt eine eigene Agenda zu verfolgen. Ohne eine nüchterne, unaufgeregte Analyse dessen, was aktuell in EUropa passiert, dürfte sich daran wenig ändern.

Die EU zählt seit 2013 nunmehr 28 Mitgliedsstaaten. Nachdem der „Verfassungsvertrag“ in zwei Referenden abgelehnt worden war, konnte der Vertrag von Lissabon nach großen Mühen schließlich Ende 2009 in Kraft treten. Es wurde deutlich, dass die für die Ratifizierung eines neuen Vertrages nötige Einstimmigkeit aller Regierungen quasi unerreichbar ist, wenn dieser substantielle Veränderungen bedeutet. Das führte zu einem Umdenken und einer „Strategie der kleinen Schritte“, bei der einzelne Politikbereiche durch Zusatzverträge sukzessive stärker europäisiert werden. Sollte tatsächlich, wie von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angestrebt, bis 2025 ein neuer EU-Vertrag ausgehandelt werden, so würde dieser kaum Neues beinhalten, sondern weitgehend der Summe der bis dahin beschlossenen Einzelverträge entsprechen. Gegen eine Zusammenfassung bereits gültiger Rechtsnormen wäre wenig Widerstand zu erwarten – unabhängig davon, ob sie als „Verfassung“ bezeichnet würde oder nicht.

Jeder dieser Integrationsschritte ist nur möglich, wenn sich ein Gefühl akuten Handlungsdrucks einstellt. Die maßgeblichen Kräfte in der EU, wozu insbesondere die Bundesregierung gehört, machen sich die diversen Krisen seit 2009 systematisch zunutze, nachdem sie zunächst zuschauen und ihre Eskalation in Kauf nehmen. Früher oder später setzt sich diskursiv die Einsicht durch, dass es einer „europäischen Lösung“ bedarf, und die Staaten stimmen schließlich der Kompetenzverlagerung zu. Beispiele sind die „Bankenkrise“, die im Rahmen der Bankenunion zu einheitlicher Aufsicht sowie zur Abwicklungs- bzw. Bail-in-Richtlinie (BRRD) führte, die „Luxleaks-Krise“, die Ansätze einer Harmonisierung der Unternehmenssteuern hervorbrachte (GKKB), oder die „Flüchtlingskrise“, die zur Europäisierung des Grenzschutzes führte (Frontex).

Am deutlichsten wird diese Nutzbarmachung jedoch im Fall der „Eurokrise“. Als Griechenland und in der Folge auch andere Euro-Staaten Anfang 2010 zunehmend Probleme mit der Refinanzierung ihrer Staatsschulden bekamen, wurde dies zunächst als „griechisches Problem“ abgetan und es wurden jegliche Garantien ausgeschlossen. Das war offensichtlich nicht haltbar, da es die Stabilität der Gemeinschaftswährung auf Dauer gefährdete, doch erhöhte es den Druck auf diese Länder derart, dass sie schließlich in die Kontrolle ihrer Haushalte sowie drakonische „Reform-“ und Sparauflagen



einwilligten. Ende 2011 wurde schließlich der Europäische Fiskalpakt beschlossen, der strenge Verschuldungsgrenzen sowie Sanktionsmöglichkeiten festschreibt. Nachdem er von den meisten Staaten ratifiziert war, beendete EZB-Präsident Mario Draghi mit den Worten „whatever it takes“ im Juli 2012 die „Eurokrise“; Wolfgang Schäuble bekräftigte das mit seinem Ausspruch „There will be no Staatsbankrott in Greece“.

Die hegemoniale EU-Politik strebt mit ihrer Strategie eine Stabilisierung des bestehenden ökonomischen Systems mit seiner Verwertungslogik an. Zwar geschieht das in erster Linie im Interesse der KapitaleignerInnen, jedoch sollte nicht vergessen werden, dass auch die große Mehrheit der Bevölkerung – zu Recht – ein Interesse an „Stabilität“ hat. In diesem Sinne wurden in den letzten Jahren „Reformen“ durchgesetzt, die den Charakter der Europäischen Union viel stärker verändert haben, als dies öffentlich wahrgenommen wird. Auf der einen Seite steht die berechtigte Kritik an der unsozialen und undemokratischen Austeritätspolitik in Griechenland und anderswo, auf der anderen Seite stellen die verschärfte Bankenregulierung, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch zehn Staaten, die

GKKB-Richtlinie oder die EZB-Garantie für Staatsanleihen durchaus Fortschritte dar. Die „Strategie der kleinen Schritte“ führt jedoch auch dazu, dass viele Menschen die EU heute vorrangig mit einer permanenten Abfolge von „Krisen“ assoziieren. Das begünstigt den Aufstieg von Populisten, die einfache (nationale) Lösungen versprechen, und kann den Fortbestand der Union ernsthaft gefährden.

In Anbetracht dieser permanenten Überforderung fehlt den sozialen Bewegungen EUropas bisher eine eigene Strategie mit unverwechselbaren Zielen. Zwischen neoliberaler Pest und nationalistischer Cholera sind sie permanent mit Abwehrkämpfen beschäftigt, so dass solidarische Alternativen kaum gehört werden. Einzelstaatliche Protestbewegungen gegen Austerität konnten gewisse Erfolge erzielen, wo, wie in Spanien, Massenbewegungen drohten, weniger „kooperative“ Regierungen an die Macht zu bringen. Internationale Kampagnen und Solidaritätsaktionen blieben hingegen überschaubar. Wenn Teile der Linken vor diesen Schwierigkeiten kapitulieren und sich in eine plakative Ablehnung der bestehenden EU-Strukturen flüchten, führt das zur Ununterscheidbarkeit ihrer Positionen und droht den Nationalismus und damit die Rechte zu stärken. Und es ignoriert die entscheidende Lehre der letzten Jahrzehnte: In einer international stark vernetzten Wirtschaft können progressive Reformen nur gesamteuropäisch, besser noch global gedacht und erkämpft werden.

Gefragt sind heute zukunftsweisende, potentiell breitenwirksame Ideen für ein anderes EUropa, die eine realpolitische Perspektive bieten. Im Mittelpunkt muss dabei die Frage der sozialen Gerechtigkeit stehen: Die zunehmende Ungleichheit droht die EU zu sprengen, zumal Regierungen eigenes Versagen gerne der Union anlasten, wie die Diskussion rund um das „Brexit“-Referendum gezeigt hat. Die „Brexit“-Krise kann in diesem Sinne ein Weckruf sein: Um den Aufstieg der Populisten zu stoppen und eine weitere Desintegration zu verhindern, müssen soziale Belange viel größeres Gewicht bekommen. „Europa“ kann wieder zu einem positiven Versprechen werden, wenn es den BürgerInnen Vorteile bietet, die außerhalb der Möglichkeiten von Einzelstaaten liegen. Diese – auch unter Verweis auf die düsteren Alternativen – zu konkretisieren und einzufordern ist Aufgabe der sozialen Bewegungen EUropas!

Urs Kleinert, PG Eurokrise

In der Höhle des Löwen

Der nächste UN-Klimagipfel wagt sich ins Rheinland



Foto: 350.org / Tim Wagner

Umweltministerin Barbara Hendricks mag mit ihrem Auftritt beim 22. UN-Klimagipfel im November 2016 in Marrakesch wohl zufrieden gewesen sein. Sah es zunächst so aus, als müsse sie mit leeren Händen anreisen, wurde auf einmal der noch schnell verabschiedete „Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung in Marrakesch als wegweisendes Dokument gefeiert. Im Vergleich zu dem, was andere Staaten vorweisen können, mag dieses Papier progressiv sein. Messen wir den Plan daran, was wir leisten müssen, um die schlimmsten Folgen der Erderwärmung zu verhindern, hat er glatt versagt. Der Klimaschutzplan 2050 enthält wieder kein klares Datum für den Kohleausstieg. Die Absage an neue Kraftwerke und Tagebauerweiterungen wurde auf Betreiben von Kohlelobby und Wirtschaftsministerium herausgestrichen.

Dabei ist die Situation ernst: Wenn die globale Erwärmung auf unter zwei Grad gehalten werden soll, müssen 80 Prozent der fossilen Ressourcen im Boden bleiben. Wenn wir eine realistische Chance haben wollen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssten wir in Deutschland bis ca. 2025 aus der Kohle aussteigen. Es ist fraglich, ob das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch erreicht werden kann.

Im Jahr 2016 lag die globale Durchschnittstemperatur 1,2 Grad höher als zu Beginn des industriellen Zeitalters. Und schon jetzt erleben wir verheerende Dürren, die Zunahme von Extremwetterereignissen und den Kollaps von zentralen Ökosystemen wie den Korallenriffen. Angesichts dieser Dringlichkeit ist es unfassbar, dass die Bundesregierung sich nicht traut, die heilige Kohlekuh anzutasten. Im Tagebau Hambach bei Köln soll bis 2045 Braunkohle abgebaut werden. In Brandenburg wird gar über den Neuaufschluss eines Braunkohlletagebaus diskutiert. All das bestärkt uns Klima-AktivistInnen darin, den Kohleausstieg und gesellschaftlichen Wandel selbst in die Hand zu nehmen, auch mit Massenaktionen zivilen Ungehorsams wie „Ende Gelände“.

Als die Nachricht die Runde machte, dass der 23. UN-Klimagipfel im November 2017 in Bonn stattfinden würde, ging ein gequältes Stöhnen durch Teile der deutschsprachigen Klimabewegung. Spätestens seit den Protesten rund um die Klimaverhandlungen in Kopenhagen 2009 war Gipfelhopping verpönt, stattdessen legte die Bewegung den Fokus des Widerstands auf die großen CO₂-Quellen und Orte der konkreten Zerstörung: Kraftwerke und Braunkohlereviere.

Und nun das. Ein Gipfel genau vor unserer Nase, eine Stunde entfernt vom rheinischen Braunkohlerevier. Einerseits ist das eine Einladung, die wir uns nicht entgehen lassen können. Zumal der offizielle Gastgeber der UN-Klimaverhandlungen Fidschi sein wird, ein Inselstaat, der akut von steigenden Meeresspiegeln bedroht ist, und dem wir internationale Solidarität und Respekt zeigen wollen. Andererseits wollen wir nicht von unserem Vorsatz abweichen, Ort, Zeit und Agenda unserer Proteste selbst zu bestimmen. Nach heißen Diskussionen gibt es nun folgenden Plan für das Jahr 2017: Vom 24. bis 29. August finden im rheinischen Braunkohlerevier Aktionstage statt. Die Vision für die Zusammenarbeit ist von den Castor-Protesten im Wendland inspiriert: Ganz unterschiedliche Akteure bringen sich mit ihren jeweiligen Stärken und Zielgruppen ein, ob mit Demonstrationen oder Kleingruppenaktionen, mit kulturellen Veranstaltungen, Hintergrundstudien oder Infrastrukturblockaden. Es wird ein oder mehrere Klimacamps geben. Bei sommerlichen Temperaturen nehmen wir uns Zeit uns zu vernetzen und Wissen weiterzugeben, Aktionen vorzubereiten und zu reflektieren. Auch „Ende Gelände“ wird in diesem Zeitraum mit einer Massenaktion zivilen Ungehorsams dabei sein.

Parallel zum 23. UN-Klimagipfel (COP23) vom 7. bis 18. November wird es dann eine weitere „Ende Gelände“-Aktion im rheinischen Braunkohlerevier geben. Ziel der Aktion ist es, die internationale Presse aus Bonn ins Revier zu locken. Die Bilder von den Mondlandschaften der Tagebaue und abgerissenen Dörfern sollen um die Welt gehen und die Klimapolitik der Bundesrepublik entlarven. Alle sollen die verkohlte Seite der deutschen Energiewende sehen.

Wer von Klimaschutz spricht, muss Kohleausstieg umsetzen. Und zwar sofort.

Die Vorbereitung für die Aktionen im August und November laufen bereits. Ihr könnt Euch gerne einbringen, z. B. bei den zahlreichen Ortsgruppen von „Ende Gelände“, die sich zur Zeit in Gründung befinden, der Klimacamp-Vorbereitungsgruppe oder der EKU-AG von Attac (eku@attac.de).

Dorothee Häußermann, Attac-AG Energie, Klima, Umwelt

www.attac-netzwerk.de/ag-eku

CETA in die Tonne

Eine gerechte Globalisierung braucht andere Regeln

Bei der Auseinandersetzung um das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada, CETA, geht es schon lange nicht mehr nur um eines der üblichen Abkommen. Mit CETA würde ein Abkommen neuen Typs durchgesetzt, das wesentlich tiefer als bisherige Handelsverträge in Gesetzgebungsprozesse eingreift und demokratische Gestaltungsspielräume einschränkt. Von den Möglichkeiten Staaten zu verklagen, weil sie mit neuen Sozial- oder Umweltgesetzen die Profite zu schmälern drohen, könnten nicht nur kanadische Firmen Gebrauch machen, sondern auch US-Unternehmen und andere internationale Konzerne, die in Kanada Niederlassungen unterhalten. Diese Konzerne könnten EU-Staaten verklagen, selbst wenn das TTIP-Abkommen zwischen den USA und der EU an der protektionistischen Haltung des neuen US-Präsidenten Donald Trump scheitern sollte. Mit CETA käme TTIP durch die Hintertür.

Auch durch Trumps Absage an das transpazifische Freihandelsabkommen TTP bekommt CETA eine neue Bedeutung. CETA soll eine Lücke füllen, die durch die Aufkündigung des Abkommens entsteht. Seit drei Jahren verhandelt die EU-Kommission mit China über ein Investitionsschutzabkommen. Annähernd 20 weitere Abkommen werden gegenwärtig von der EU-Kommission verhandelt. Mit CETA wollen die Befürworter endlich einen Durchbruch organisieren.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ließ als Reaktion auf die Wahl von Donald Trump verkünden, die EU sei fest entschlossen, dem Trend zu Protektionismus zu trotzen. In der öffentlichen Debatte werden immer mehr rechte und linke Freihandelsgegner und damit jegliche Kritik an Freihandelsabkommen in einen Topf geworfen. Wer gegen Freihandel ist, ist für Protektionismus und generell gegen internationalen Handel.

Die Freihandelsbefürworter behaupten, die EU bekäme mit CETA ein gutes modernes Abkommen, das mit den Zusatzklärungen zum Vertrag weitestgehend auf Kritiker eingegangen sei. Es sei das „fortschrittlichste Abkommen, das die EU oder Kanada jemals verhandelt haben“. Bernd Lange (SPD), begründete seine Zustimmung zu CETA: „Gerade in Zeiten, in denen Trump rücksichtslosen Protektionismus und die Dominanz des Stärkeren ausruft, muss sich Europa für faire globale Regeln stark machen.“

Aus den Reihen der SPD wird behauptet, sie hätten die privaten Sondergerichte verhindert.



Foto: Stephanie Handtmann

Dabei steht im Vertrag nur, die Vertragspartner streben gemeinsam mit anderen Handelspartnern die Errichtung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs an. Selbst wenn diese vage Wunschvorstellung nach einigen Jahren zum Tragen käme, würde sich am grundsätzlichen Problem nichts ändern. Es bliebe eine Paralleljustiz, die nationales und europäisches Recht aushebelt und Sozial- und Umweltrechte ausklammert.

Die Zusatzklärungen haben rechtlich wenig Bedeutung und beheben keines der Probleme im CETA-Text. Um CETA zu verändern, hätte der Vertragstext geändert werden müssen. Millionen BürgerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks wehren sich auch weiterhin gegen dieses Abkommen, weil es weiterhin ein Angriff auf Demokratie, Umweltschutz, öffentliche Dienste und soziale Rechte wie die Rechte von ArbeitnehmerInnen darstellt.

Sollte das Europaparlament der Ratifizierung und der vorläufigen Anwendung von CETA im Februar zustimmen, wird unser Widerstand um CETA noch lange nicht beendet sein. Die Sondergerichte werden bei der vorläufigen Anwendung noch nicht zum Einsatz kommen. Wir werden den Widerstand gegen

die nationalen Ratifizierungsverfahren weiter organisieren. Da dieser Prozess sich noch Jahre hinziehen dürfte, braucht unser Widerstand einen langen Atem.

CETA ist gerade nach Trumps aggressivem Nationalismus und „America first“ für die EU-Kommission und die wirtschaftspolitischen Eliten die Blaupause, um auch bei anderen Verhandlungsrunden die weitere bedingungslose Öffnung von Märkten voranzutreiben und damit den Einfluss der großen Investoren und Konzerne zu stärken.

Um nationalistischem Protektionismus auf der einen und neoliberaler Freihandelslogik auf der anderen Seite zu begegnen, brauchen wir neue gerechte Regeln. Wir brauchen eine andere Grundausrichtung der Handelspolitik mit Spielregeln, die sich solidarisch an den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt orientieren. Wir brauchen keinen ungezügeltten Freihandel, der nur im Interesse mächtiger Wirtschaftsinteressen handelt. Doch CETA ist genau dies – daher gehört es in die Tonne.

Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/ceta



„Goldener Panzer für Mogherini“, Foto: Herbert Sauerwein



„European Banking Congress“, Foto: Boris Loheide

Rückblick

28. bis 30. Oktober 2016

Ratschlag legt Schwerpunkte für 2017 fest

Für die Aktiven beim Attac-Ratschlag in Frankfurt am Main steht außer Frage: In 2017 werden die Gegenaktivitäten zum G20-Gipfel im Juli in Hamburg im Mittelpunkt ihres Engagements stehen – zusammen mit dem weiteren Widerstand gegen CETA, TTIP und Co.

4. November 2016

Proteste in Brüssel gegen Lobbymacht fossiler Konzerne

Kurz vor Beginn der 22. UN-Klimaverhandlungen in Marokko protestieren AktivistInnen in Brüssel gegen die Lobbymacht multinationaler Konzerne. Sie kritisieren vor allem die Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die Umweltgesetzgebung. Motto der von Attac unterstützten Initiative: TTIP Game Over.

10. November 2016

Hessisches Finanzgericht bestätigt Gemeinnützigkeit von Attac

Attac ist gemeinnützig. Das politische Engagement gegen die neoliberale Globalisierung steht der Gemeinnützigkeit nicht entgegen. So lautet das klare Urteil des Hessischen Finanzgerichts in Kassel. Die Richter geben damit der Klage von Attac gegen das Finanzamt Frankfurt statt, das Attac 2014 die Gemeinnützigkeit entzogen hatte.

12. November 2016

Goldener Panzer für EU-Kommissarin Mogherini

Aus Protest gegen die Militarisierung und unmenschliche Flüchtlingspolitik der EU überreichen Attac-Aktive EU-Kommissarin Federica Mogherini einen „Goldenen Panzer für Aufrüstung und Abschottung“. Mit der Aktion stören sie die Verleihung des Internationalen Demokratieprieses Bonn an Mogherini.

17. November 2016

Bündnis kündigt G20-Großdemo am 8. Juli in Hamburg an

Bei einer Pressekonferenz kündigen Attac und andere Organisationen für den 8. Juli 2017 eine Großdemonstration in der Hansestadt an.

18. November 2016

Attac-Aktion beim Frankfurt European Banking Congress

Mit der lautstark vorgetragenen Forderung „Großbanken zerschlagen – Gemeinwohl statt Privatprofit“ empfangen Attac-AktivistInnen die TeilnehmerInnen des Frankfurt European Banking Congress.

26. November 2016

Kauf-Nix-Tag: Wachstumskritik zum ersten Advent

Unter dem Motto „Kauf nix, spar Kohle“ beteiligen sich Attac-Aktive am Kauf-Nix-Tag. Ziel der Aktionen ist es, zum Nachdenken über den Wachstumszwang des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzuregen.

28. November 2016

450 Organisationen fordern CETA-Stopp

Mehr als 450 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen aus Kanada und Europa – darunter Attac – fordern in einem offenen Brief die Abgeordneten in Kanada und der EU auf, gegen CETA zu stimmen.

30. November 2016

Hochschule kündigt Räume für G20-Aktionskonferenz

Die Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) kündigt kurzfristig die Räume für eine G20-Aktionskonferenz. Attac fordert die Stadt Hamburg auf, gegebenenfalls die Räume zur Verfügung zu stellen.

1. Dezember 2016

Brandbeschleuniger: G20-Agenda der Bundesregierung

Deutschland übernimmt die G20-Präsidentenschaft. „Resilient global Economy“ lautet das

Motto („Widerstandsfähige Weltwirtschaft“). Tatsächlich ist die G20-Agenda der Bundesregierung ein Programm für den nächsten Crash und kommt einem Brandbeschleuniger für mehr ökonomische Instabilität und soziale Ungleichheit gleich.

2. Dezember 2016

Gericht ermöglicht G20-Aktionskonferenz

Die G20-Aktionskonferenz darf doch in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) stattfinden. Die Kündigung der Räume war nicht rechtens, urteilt das zuständige Amtsgericht und kritisiert die HAW-Führung.

4. Dezember 2016

Stopp TiSA! Internationale Demonstration in Genf

„Stopp TiSA“ – mit dieser Forderung gehen in Genf Menschen aus vielen europäischen Ländern gegen das geplante multilaterale Dienstleistungsabkommen auf die Straße. AktivistInnen von Attac Schweiz und Deutschland beteiligen sich gemeinsam am Protest.

7. Dezember 2016

Survival of the Richest: Mehr geheime Steuerdeals in der EU

Geheime Steuerdeals zwischen Regierungen und Konzernen nehmen in der EU drastisch zu. Das zeigt der von Attac und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit mit verfasste Bericht „Survival of the Richest“. Die Deals sind eine Grundlage für die ausufernde Steuervermeidung von Unternehmen.

15. Dezember 2016

Gemeinnützigkeit im Bundestag: Attac fordert Gesetzesänderung

Der Bundestag befasst sich mit dem Thema Gemeinnützigkeit. Attac fordert eine Änderung der Abgabenordnung, um Rechtssicherheit für alle zivilgesellschaftlichen Organisationen zu schaffen, die selbstlos auf die politische Willensbildung einwirken.



„Kauf-Nix-Tag“, Foto: Boris Loheide



„Anti-CETA-Block“, Foto: Stephanie Handtmann

17. bis 20. Januar 2017

Davos: Selbst ernannte Weltelite warnt vor Risiken eigener Politik

Selbst beim Weltwirtschaftsforum wird die zunehmende soziale Ungleichheit als eines der zentralen globalen Probleme erkannt. Allerdings ziehen die in Davos versammelten TopmanagerInnen und PolitikerInnen keine Konsequenzen. Tief besorgt warnen sie vor den Risiken ihrer eigenen Politik, während sie zugleich den neoliberalen Umbau der Weltwirtschaft vorantreiben.

18. Januar 2017

Bündnis „Reichtum umverteilen“ startet

Gemeinsam mit Bündnispartnern startet Attac die Kampagne „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“. Das Bündnis kritisiert die obszöne Vermögensverteilung und fordert mehr Investitionen für Soziales, Bildung und Kultur. Dafür müssen Steueroasen geschlossen und Vermögende besser besteuert werden. Mit dabei sind außer Attac unter anderem die AWO, die Nationale Armutskonferenz, der Paritätische Gesamtverband, Oxfam und Verdi.

21. Januar 2017

Attac mit Anti-CETA-Block bei „Wir haben es satt!“-Demo

18.000 Menschen gehen bei der Demonstration „Wir haben es satt!“ in Berlin für eine Agrar- und Ernährungswende auf die Straße. Attac beteiligt sich mit einem eigenen Block gegen CETA und Freihandel an der Demo.

Ausblick

25. Februar 2017

Treffen der Kampagnengruppe „TTIP in die Tonne“

Die bundesweite Kampagnengruppe gegen TTIP und CETA tauscht sich über aktuelle Entwicklungen aus, entwickelt Ideen für die Kampagnenarbeit, plant Aktionen und vernetzt sich weiter. Eingeladen sind alle, die sich aktiv in den Widerstand gegen die Abkommen einbringen wollen.

4. März 2017

Regionaltreffen der Attac-Gruppen Ost in Dresden

Der Regionaltag ist ein Angebot für alle Attac-AktivistInnen und Interessierten, die tatkräftig einsteigen wollen. Ob nur neugierig oder erfahren – der Regionaltag bietet die Chance, mehr über Attac, Gruppen in der Umgebung und Themen zu erfahren, an denen im Osten der Republik gearbeitet wird.

10. und 11. März 2017

Aktivenkonferenz „Aufstehen gegen Rassismus“

Im Bundestagswahlkampf wird die AfD mit Rassismus auf Stimmenfang gehen. Dem will das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, das Attac mit initiiert hat, vorbereitet entgegentreten: Auf der Aktivenkonferenz setzen sich die TeilnehmerInnen mit der AfD auseinander, um wirksame Gegenaktivitäten zu entwickeln. Der Ort steht noch nicht fest.

17. und 18. März 2017

Proteste zum G20-Finanzminister-Treffen in Baden-Baden

Eine erste Etappe der G20-Proteste bildet das Treffen der G20-Finanzminister in Baden-Baden. Attac bereitet eine Demo und Aktionen vor. Im Zentrum der Proteste steht die Weigerung der Regierungen, Steueroasen und Steuerkonkurrenz wirksam zu bekämpfen.

18. bis 23. März 2017

Bundesweite Aktionstage Welcome2stay

Welcome2Stay ist ein von Attac mit gegründetes Netzwerk aus Gruppen des Antirassismus, der migrantischen Selbstorganisation und der Willkommensinitiativen. Die Aktionstage machen diese Stimmen der Solidarität hörbar.

24. und 25. März 2017

Strategie- und Aktionskonferenz zu TTIP, CETA, TiSA & Co in Kassel

Attac und weitere Organisationen aus dem Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ intensivieren

die Kritik an TTIP, CETA und Co. bei einer Strategie- und Aktionskonferenz. Das gemeinsame Ziel: die breite Unterstützung des Widerstands gegen die Abkommen in einen politischen Durchbruch verwandeln.

April 2017

Mitreden auf dem Frühjahrsratschlag von Attac

Attac-Aktive und Interessierte treffen sich zum Frühjahrsratschlag. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Der Schwerpunkt des Frühjahrestreffens liegt auf Erfahrungsaustausch und inhaltlichen Debatten. Das genaue Datum und der Ort werden noch bekannt gegeben.

www.attac.de/ratschlag

7. und 8. Juli 2017

Global gerecht statt G20: Gipfelproteste in Hamburg

Global gerecht statt G20: In einem breiten Bündnis nutzt Attac das G20-Treffen in Hamburg, um den solidarisch-emanzipatorischen Pol der Gesellschaft sichtbar zu machen. Mit einem Dreiklang von Alternativgipfel (5. und 6. Juli), einer Großdemonstration (8. Juli) und vielfältigen Aktionen tragen die G20-KritikerInnen eigene gesellschaftliche, wirtschafts- und finanzpolitische Vorschläge in die Öffentlichkeit.

www.attac.de/g20

23. bis 27. August 2017

Save the date: Europäische Attac-Sommeruniversität in Toulouse

Fünf Tage lang kommen Attac-Aktive aus ganz Europa unter der Sonne Südfrankreichs in der Université Toulouse zusammen, um von- und miteinander zu lernen und die sozialen Bewegungen europaweit zu stärken. Das Treffen ist die vierte länderübergreifende Sommerakademie von Attac.

www.attac.de/esu17

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Engagement macht mutig



Foto: Bayerisches Demobündnis 17.9.



Bei Attac braucht es keinen langen Marsch durch die Institutionen, um sich auf allen möglichen Ebenen einbringen zu können. Davon zeugt zum Beispiel **Judith Amler**: Die 33-jährige Oberbayerin engagiert sich seit knapp zwei Jahren bei Attac und ist sehr schnell in vielen Zusammenhängen des Netzwerks aktiv geworden. Wir haben mit ihr über die verschiedenen Facetten ihres Engagements in Attac gesprochen.

Judith, Du bist seit 2015 aktiv bei Attac. Wie kam es dazu, und wie bist Du überhaupt politisch sozialisiert worden?

Eigentlich war ich schon immer ein politischer Mensch – schon zu meiner Schulzeit habe ich das Zeitgeschehen sehr aktiv verfolgt. Danach hatte ich allerdings – wie so viele in meiner als „unpolitisch“ geltenden Generation – viel damit zu tun, meinen Weg in den engen Arbeitsmarkt zu finden: Praktika, Studium, Praktika und befristete Arbeitsverträge. Dies ist uns am Ende der Ära Kohl mit auf den Weg gegeben worden: Du musst kämpfen, wenn Du langfristig eine Chance haben willst. Und leider hat der Machtwechsel zu Rot-Grün nichts besser gemacht. Ich fürchte sogar, dass damals sehr viele junge Menschen, die große Hoffnung in die vermeintliche Trendwende durch Schröder gesetzt hatten, bitter enttäuscht worden sind.

Ich persönlich wollte das aber nicht hinnehmen. Meine ersten Recherchen zum Thema TTIP & Co und schließlich der G7-Gipfel 2015 waren die konkreten Auslöser für mein Engagement in Attac. In die Proteste rund um Elmau, quasi bei mir vor der Haustür, wollte ich mich einbringen. Für mich gehören die Kritik an der neoliberalen Globalisierung, Gipfelproteste und Attac

zusammen. Insofern war das Neue-Leute-Treffen bei Attac München für mich eine ganz logische Anlaufstelle, um mich zu organisieren.

Wie ging es für Dich nach dem Gipfel weiter?

In der Münchner Attac-Gruppe habe ich mich vom ersten Moment an und auch unabhängig von den Gipfelprotesten wohl gefühlt – es gab und gibt dort eine starke Gruppe von Aktiven, die sich gegenseitig sehr gerne unterstützen. So wurde ich dort gleich darin bestärkt, Verantwortung im Arbeitskreis Freihandelsfälle und im damals neu gegründeten Bündnis „Rosenheim nazifrei“ zu übernehmen – nach nicht einmal vier Monaten in Attac stand ich auf einer Bühne vor 1.000 Demonstrantinnen und Demonstranten gegen Neonazis und habe über die Zusammenhänge von europäischer Wirtschaftspolitik und Flucht gesprochen! Nach einem Jahr durfte ich auf der Stuttgarter Kundgebung gegen den AfD-Bundesparteitag 2015 reden. Dies war nur möglich, weil mich viele Attacies von Anfang an gefördert und ermutigt haben, die Kontakte zu den Attac-Arbeitszusammenhängen auf Bundesebene wie in Bündnissen zu suchen.

Welche Themen beschäftigen Dich aktuell besonders?

Nach einem sehr fordernden Jahr rund um CETA und TTIP spielt für mich momentan die Antirassismus-Arbeit eine ganz wichtige Rolle: Dort engagiere ich mich schon lange, und seit im Sommer 2015 große Gruppen von Geflüchteten am Münchner Hauptbahnhof angekommen waren, ist es ja wieder enorm wichtig geworden, diese Menschen sowie unsere aufgeklärten und offene Gesellschaft vor neurechten Hetzern

und alten Neonazis zu verteidigen – leider. Sowohl die sprunghafte Zunahme der weltweiten Fluchtbewegungen als auch das Erstarken rechter Kräfte sind leider das konkrete Ergebnis einer Politik, die wirtschaftliche Interessen über die Menschen stellt und anstatt Solidarität nur Konkurrenz fördert.

Und wenn Du drauf los wünschen könntest: Wie wäre Attac im Jahr 2027?

(lacht) Attac wäre wieder jünger und weiblicher – und in jeder Hinsicht vielfältiger: Junge Menschen, Frauen, Arbeiterinnen und Arbeiter und überhaupt alle müssen darin bestärkt werden, sich politisch einzubringen – und unsere Strukturen müssen so sein, dass es Raum dafür gibt.

Seit vergangenem Jahr bin ich auch Mitglied im Rat und dort versuche ich nach Kräften, an der Zukunft von Attac mitzuarbeiten. Wie können wir Menschen, die von ermüdenden Diskursen abgeschreckt sind, vermitteln, dass politisches Engagement nicht nur Arbeit und Konkurrenz bedeutet, sondern dass Selbstermächtigung und Bewegung auch Spaß machen und ein neues Gemeinschaftsgefühl sowie Zuversicht schaffen können? Diese Frage liegt mir am Herzen.

Meine bisherigen Erfahrungen bei Attac haben mir gezeigt, dass wir viel schaffen können! Ich wünsche mir für Attac 2027, dass unsere verschiedenen Ebenen noch besser ineinandergreifen – unsere Stärken, unsere emanzipatorische Struktur, die vielfältigen Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden dürfen dabei natürlich nicht verloren gehen!

Interview: **Jule Axmann**

Aktuelle Hinweise nach dem Urteil des hessischen Finanzgerichts

Spenden und Mitgliedsbeiträge an gemeinnützige Körperschaften sind steuerlich absetzbar. Seit dem Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac durch das Finanzamt Frankfurt 2014 darf Attac keine Zuwendungsbestätigungen mehr ausstellen. Das hessische Finanzgericht hat Attac jetzt in einem sensationellen Urteil die Gemeinnützigkeit zuerkannt. Allerdings ist das Urteil noch nicht rechtskräftig: Nach der schriftlichen Zustellung des Urteils (die noch aussteht) beginnt für den Beklagten (Finanzamt) eine Monatsfrist, in der er die Möglichkeit hat, eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesfinanzhof einzulegen. Tut er dies nicht, wird Attac nach Ablauf der Frist die Zustellung der Zuwendungsbestätigungen für die Jahre 2015 und 2016 in die Wege leiten.

Wird seitens des Finanzamts Beschwerde eingelegt, so bleibt die Rechtskraft des Urteils zunächst ausgesetzt. Es liegt dann am Bundesfinanzhof, ob er die Beschwerde zulässt – dann kommt es zu einer weiteren Gerichtsverhandlung –, oder die Beschwerde ablehnt: Damit würde das aktuelle Urteil rechtskräftig und Attac endgültig gemeinnützig.

www.attac.de/jetzt-erst-recht

Global gerecht statt G20!

Mobilisierung zum Gipfel in Hamburg



Der G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg wirft seine Schatten voraus. Auf einer breiten G20-Plattform bereitet Attac zusammen mit vielen anderen Initiativen und Organisationen für die Gipfelwoche einen Dreiklang aus Aktivitäten vor. In Planung sind:

- Am Mittwoch und Donnerstag (5. und 6. Juli) wird es in der Kampnagel-Fabrik und an anderen Orten einen großen „Gipfel der globalen Solidarität“ geben, auf dem wir unsere Entwürfe gegen die zerstörerische Politik der G20 diskutieren und uns für künftige Auseinandersetzungen vernetzen wollen. Es werden Workshops, größere Panels und zentrale Veranstaltungen mit namhaften VertreterInnen der Zivilgesellschaft stattfinden.
- Für Freitag (7. Juli) sind massive Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die Einrichtung einer Sperrzone in Hamburgs Innenstadt geplant. Zudem soll es Aktionen im Hafen und gegen Kohleverstromung geben.
- Am Samstag (8. Juli) findet eine Großdemonstration über mehrere Routen statt, die für mehr als 100.000 Menschen angelegt und bereits angemeldet ist. Es soll eine Demo für alle werden.

An allen Aktionsformen sind Attac Deutschland und Attac Hamburg aktiv beteiligt, sowohl bei den Treffen in Hamburg als auch in regelmäßigen Telefonkonferenzen. Intern koordinieren wir uns über eine G20-Projektgruppe, die sich in Arbeitsgruppen aufteilt. Zur Unterstützung

haben wir je eine befristete Stelle in Frankfurt und Hamburg geschaffen.

Unser hoher personeller und finanzieller Aufwand in der Vorbereitung des G20 lohnt sich aber nur, wenn sich viele Attac-Aktive und FreundInnen an den Aktivitäten rund um den Gipfel beteiligen. Um die lokalen Gruppen bei der Mobilisierung in ihrem Umfeld zu unterstützen, gibt es einen G20-Basisflyer und demnächst Themenflyer, Aufkleber, Sticker. Zusätzlich vermitteln wir ReferentInnen für lokale Veranstaltungen. Eine Präsentation unserer eigenen Veranstaltungen steht im Netz und wird laufend aktualisiert.

Um die Vernetzung der Mobilisierung vor Ort zu stärken, fand am 14. Januar ein erstes „Nord-Treffen“ statt, auf dem viele Aktionsideen beraten wurden. Weitere Regionaltreffen sollen folgen.

Ein erster Höhepunkt unserer Mobilisierung wird das G20-Finanzministertreffen am 17. und 18. März in Baden-Baden – passend zum Casino – sein. Hierzu bereitet ein Bündnis aus süddeutschen Attac-Gruppen, befreundeten Organisationen und der AG „Finanzmärkte und Steuern“ Aktionen, Veranstaltungen und eine Demonstration vor Ort vor.

G20 – Kriminalisierung eingeplant?

Nicht nur wir bereiten uns auf G20 vor. Auch der Hamburger Senat tut es auf seine Weise. Als Leiter des G20-Vorbereitungsstabes wurde Hartmut Dudde eingesetzt, der als Verfechter

der harten „Hamburger Linie“ gilt. In seiner Verantwortung liegen die Eskalation rund um die „Rote Flora“ und einige illegale Einkesselungen von Demonstranten.

Einen ersten Vorgeschmack auf Polizeipräsenz gab es beim OSZE-Gipfel Anfang Dezember in Hamburg: 10.000 Polizisten, laute Hubschrauber und Absperrungen nervten die Anwohner. Eine Betroffene äußerte lakonisch: „Der Betreuungsschlüssel durch die Polizei ist besser als in unserer Kita! Ich stell mein Kind heute einfach auf die Straße!“

Die Herangehensweise des Hamburger Senats zeigt, dass er mit einer starken Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen den G20-Gipfel rechnet. Er will von Anfang an ein Klima der Angst erzeugen, um Menschen davon abzuhalten, nach Hamburg zu kommen. Demonstranten sollen in gute und schlechte aufgeteilt werden. Unser Mittel dagegen ist und bleibt die breite Solidarität gegen Provokation und Spaltungsversuche.

Achim Heier, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/g20

Kommunen gegen Freihandelsverträge

Konferenz am 29. April 2017 in Nürnberg



Foto: Arno Behlau

Seit 2014 sind lokale Attac-Gruppen im Widerstand gegen die geplanten Freihandelsverträge TTIP, CETA und TiSA aktiv und haben durch BürgerInnenanträge erreicht, dass viele Kommunen oder Landkreise kritische, häufig auch ablehnende Ratsbeschlüsse gegenüber den sogenannten Freihandelsverträgen verabschiedet haben. Diese Ablehnung erfolgte europaweit bisher in über 2300 Kommunen und Gemeinden. Seit der Barcelona-Konferenz europäischer Kommunalvertreter im April 2016 entwickelt sich ein paneuropäisches Netzwerk aus Kommunen und kommunalpolitisch Interessierten, die sich gegen die unfairen und intransparent verhandelten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA

engagieren. Sie haben auch wesentlich zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen diese Verhandlungen, nicht zuletzt mit Großdemonstrationen in vielen Städten Europas, beigetragen.

Von offiziellen Stellen wurde Nachbesserungsbedarf anerkannt. Allerdings ist strittig, ob die „Nachbesserungen“ bei CETA substanziiell Wesentliches verändert haben, und der Ausgang des Ratifizierungsverfahrens ist noch offen. Deshalb geht die internationale Vernetzung mit einem Treffen europäischer GemeindevertreterInnen am 17. und 18. Februar in Grenoble weiter.

Aber auch in Deutschland setzt sich der kommunale Widerstand fort. Aktive der Attac-AG

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein. Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“. Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

„Kommunen“ organisieren derzeit für den 29. April in Nürnberg eine nationale Kommunenkonferenz für GemeindevertreterInnen, die Mobilisierung gegen die nach wie vor drohenden Gefahren der sogenannten Freihandelsverträge für die Daseinsvorsorge vorantragen soll. Dem Trägerkreis dieser Konferenz gehören inzwischen neben Attac auch Mehr Demokratie e.V., KAB, Verdi, Südwind Institut, Bund Naturschutz Bayern, Mission eine Welt (Bayern) und der DGB Mittelfranken an.

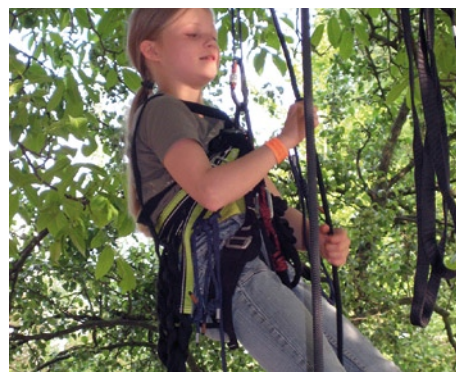
Kontakt: Arno Behlau,
info@kommunenkonferenz.de

Kreativen Protest lernen

Aktionsakademie vom 24. bis 28. Mai 2017 in Hamburg



Demokratie braucht Bewegung – und Bewegung braucht Aktion. Kreative Aktion! Wir brauchen bunte Bilder und Menschen, gute Stimmung, aufsehenerregenden und mitreißenden Protest und viel Spaß am Engagement. Wir brauchen Samba,



Straßentheater, Streetart, Foto, Film, Vielfalt. Und noch mehr. Das will gelernt und gut geplant sein. Auf der Aktionsakademie geben erfahrene AktivistInnen ihr Know-how weiter, wir lernen von- und miteinander, wie wir die Welt aufrütteln

und besser machen können. Außerdem gibt es Kultur, Party und einfach eine gute Zeit.

Die ehrenamtliche OrgaGruppe aus Attacies freut sich im Vorfeld und vor Ort über Verstärkung, vor allem aber über jede Menge begeisterte TeilnehmerInnen, die kreativ werden wollen – ganz egal, ob sie bei Attac organisiert sind, bei einer Mitgliedsorganisation oder in anderen Zusammenhängen, in denen sie sich für eine solidarische, nachhaltige, friedliche und freie Welt engagieren.

Dieses Jahr wird die Aktionsakademie vom 24. bis zum 28. Mai in Hamburg stattfinden. Hamburg ist nicht zuletzt wegen der Proteste zum G20-Gipfel im Sommer ein attraktiver Ort um dazulernen, sich zu vernetzen und jede Menge Motivation zu tanken.

www.aktionsakademie.de

Kommt mit nach Toulouse!



IV. Europäische Sommeruniversität

23. bis 27. August 2017
Universität Toulouse Jean Jaurès

www.attac.de/esu17

Es ist wieder so weit. Die vierte Sommeruniversität des europäischen Attac Netzwerks wird geplant, und AktivistInnen aus vielen Ländern Europas arbeiten bereits an Ideen zum Programm für die ESU17.

Fünf Tage wollen wir unter der Sonne Südfrankreichs in der Universität Toulouse Jean Jaurès zusammenkommen, um Standpunkte auszutauschen, um von- und miteinander zu lernen, zu diskutieren, um Strategien für Wege aus den weltweiten Krisen zu entwickeln und die sozialen Bewegungen europaweit zu stärken.

Die europäische Sprachenvielfalt wird die Vorträge und Debatten nicht behindern. Ein DolmetscherInnenteam und moderne Konferenztechnik sorgen für Übersetzungen. In allen zentralen Veranstaltungen werden Französisch, Deutsch, Englisch und Spanisch simultan, in den größeren Seminaren Französisch und Deutsch immer sowie andere Sprachen nach Bedarf übersetzt.

Für die preiswerte Anreise werden Gruppentickets organisiert. Es wird auch günstige Unterbringungsangebote geben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:

datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Achim Heier,
Stephanie Handtmann, Werner Rätz,
Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Politische Bildung gegen „alternative Fakten“!

„Es haben nie mehr Menschen einer Amtseinführung eines Präsidenten beigewohnt, Punkt“, diktierte der Sprecher Trumps am Tag danach den überraschten PressevertreterInnen in den Block. Zwar war diese Behauptung schon im Vorfeld als blanker Unsinn enttarnt, doch Trumps Beraterin Kellyanne Conway erfand dafür einen weit eleganteren Begriff: Sean Spicer habe eben „alternative Fakten“ präsentiert.

Viele Witze wurden im Anschluss über diesen Begriff gemacht. „Die Erde ist eine Scheibe – #AlternativeFakten“ und ähnliche Tweets

verbreiteten sich in Windeseile. Doch so sehr diese offensichtliche Verdrehung der Tatsachen dazu verleitet, sich darüber lustig zu machen, so gefährlich ist sie. Sie folgt einer Strategie, die Trump mit anderen RechtspopulistInnen teilt. Dahinter steckt der Versuch der Erschütterung jedweden Expertentums und der Realität schlechthin. Es wird Misstrauen gesät gegen egal welche Information, egal welche Quelle; es wird nicht mehr unterschieden zwischen Behauptungen, die einem Zweck dienen, und wissenschaftlich erhobenen Fakten. Wer behauptet, ein Asylbewerber bekäme in Deutschland automatisch 1.000 Euro im Monat und ein Handy, muss die Entkräftung dieser Behauptung durch Zahlen aus dem Bundesamt für Migration nicht fürchten – es reicht eine Person, die behauptet, diesen Zahlen sei natürlich nicht zu trauen.



Dieser postfaktischen Strömung können wir etwas entgegensetzen: Politische Bildung in der Breite, wie Attac sie betreibt, unterstützt Menschen dabei, Informationen einordnen und bewerten zu können, Desinformationskampagnen als solche zu erkennen und sich eine Meinung auf belastbarer Basis zu bilden. Das ist jetzt dringend notwendig!

Für politische Bildung jenseits „alternativer Fakten“ – Deine Spende hilft uns dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!



Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; die Gemeinnützigkeit wurde Attac im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt entzogen. Im November 2016 hat das Hessische Finanzgericht das für rechtswidrig erklärt und die Gemeinnützigkeit von Attac bestätigt. Sobald alle Einspruchsfristen verstrichen sind und das Urteil rechtskräftig ist, kann Attac wieder Spendenbescheinigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

| SEPA-Überweisung/Zahlschein | | Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro. | |
|--|------------------|---|----|
| Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts | | BIC | |
| Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen) | | | |
| A T T A C T R Ä G E R V E R E I N E . V . | | | |
| IBAN | | | |
| D E 5 7 4 3 0 6 0 9 6 7 0 8 0 0 1 0 0 8 0 0 | | | |
| BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen) | | | |
| G E N O D E M 1 G L S | | ATTAC TRÄGERVEREIN e.V. | |
| Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen) | | Betrag: Euro, Cent | |
| | | ggf. Stichwort | |
| | | R B F 1 7 0 1 | |
| PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen) | | | |
| Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben) | | | |
| IBAN | | | |
| D E | | | 06 |
| Datum | Unterschrift(en) | | |

SPENDE